

16-21/1460



DIE LINKE. Friedberg in der Stadtverordnetenversammlung

Sven Weiberg
Fraktionsvorsitzender
sven@svenweiberg.de
Kettelerstr. 29
61169 Friedberg
Mobil: 0178-9700753

Antrag Demokratisierung Wobau

Friedberg, den 25.02.2020

An:

Stadtverordnetenvorsteher der Stadtverordnetenversammlung Friedberg Hessen

Antrag

Demokratisierung der Friedberg Wohnungsbaugesellschaft mbH

Sehr geehrter Herr Hollender!

Wir bitten darum den folgenden Antrag zur nächsten Stadtverordnetenversammlung zu behandeln:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, Maßnahmen zur Demokratisierung der Friedberg Wohnungsbaugesellschaft durchzuführen. Der Gesellschaftervertrag ist dazu wenn nötig entsprechend anzupassen.

Folgende Maßnahmen sollen umgesetzt werden:

- 1) Der Magistrat berücksichtigt bei der Besetzung des Aufsichtsrates die Mehrheitsverhältnisse in der Stadtverordnetenversammlung.
- 2) Sitzungen des Aufsichtsrates finden grundsätzlich öffentlich statt, sofern nicht Rechte Dritter verletzt sind. Die Sitzungstermine sind öffentlich anzukündigen. (z.B. Bürgerportal)
- 3) Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind an Weisungen des Magistrats gebunden.
- 4) Eine Mißachtung des Weisungsrechts führt zur sofortigen Abberufung des Aufsichtsratsmitglieds. Bei der Neubesetzung werden weiterhin die Mehrheitsverhältnisse in der Stadtverordnetenversammlung berücksichtigt.
- 5) Bei Investitions-, Verkauf-, Kauf- und Sanierungsentscheidungen mit einem kumulierten Volumen von über 500.000 € ist vor Beschlussfassung des Aufsichtsrats eine Stellungnahme der Stadtverordnetenversammlung einzuholen. Der Magistrat übt in diesem Falle die Weisungspflicht über die Mitglieder des Aufsichtsrates im Sinne der Stadtverordnetenversammlung aus.

Begründung:

In Zeiten großer Wohnungsknappheit wird die Arbeit der städtischen Friedberger Wohnungsbaugesellschaft immer wichtiger. Es ist deshalb im Sinne der Allgemeinheit die Arbeit der FBW GmbH einer demokratischen Steuerung und Kontrolle zu übergeben. Dies ist zur Zeit nur sehr begrenzt der Fall. (Punkt 1 wird zur Zeit praktiziert)

Durch die geforderten Maßnahmen wird die demokratische Selbstverwaltung im Sinne der HGO (§ 125 in Verbindung mit § 9) gestärkt.

Weitere Begründung erfolgt mündlich

Für ein solidarisches Friedberg

Sven Weiberg

Fraktionsvorsitzender Die Linke. in der Stadtverordnetenversammlung Friedberg.